



Mitte wird Grün



Bundestagswahl 2013

EDITORIAL

Sozial. Gerecht. Direkt. Mutlu!

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Schön, dass Sie sich die Zeit nehmen, unsere Zeitung zu lesen!

Bündnis 90/Die Grünen treten zur Bundestagswahl an, um den längst überfälligen Politikwandel in Deutschland herbeizuführen. Was wir darunter verstehen und welche Schwerpunkte wir in dieser Ausgabe, erfahren Sie in dieser Ausgabe.

Als Vorstand von Bündnis 90/Die Grünen Berlin-Mitte gestalten wir die Rahmenbedingungen für den Wahlkampf. Mit Leben erfüllt wird das Ganze aber erst durch das gemeinsame Engagement aller Bündnisgrünen Akteure im Bezirk: Direktkandidat Özcan Mutlu, unsere VertreterInnen in den Fraktionen im Abgeordnetenhaus, in der Bezirksverordnetenversammlung und im Bezirksamt und vor allem die zahlreichen Basisaktiven sind unermüdlich unterwegs, um mit Ihnen vor Ort ins Gespräch zu kommen und unsere Inhalte zu vermitteln.

Mit sechs regionalen Teams - zwei in Mitte sowie Wedding, Gesundbrunnen, Moabit und Tiergarten-Süd - gehen wir gezielt auf die Bedürfnisse in den jeweiligen Kiezen ein. Ausgangspunkt aller Aktivitäten ist unser „Basislager“ in der Malplaquetstr. 7 im Wedding. Dort finden Sie auch Montag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr (oder wann immer Sie dort jemanden antreffen) einen Ansprechpartner für Ihre Fragen.

Wir freuen uns auf Sie und zählen am 22. September auf Ihre Stimme!

Am 22. September ist Bundestagswahl. Ich bin Ihr Kandidat von Bündnis 90/Die Grünen für Berlin-Mitte!

Als ehemaliges Gastarbeiterkind, das seit mehr als 40 Jahren in Berlin lebt, erfuh ich in nahezu jeder Lebenssituation, wie eng gute Bildung und gesellschaftliche Integration zusammenhängen. Denke ich an die ersten Jahre meiner Grundschulzeit zurück, hätten sie sich auch irgendwo in der Türkei abspielen können: Der Unterricht war fast nur auf Türkisch, lediglich unsere Deutschlehrerin begegnete uns in der Sprache unserer neuen Heimat. Heute ist die Lage von Kindern mit Migrationshintergrund oder Arbeiterkindern in unseren Schulen nicht besser, wie zahlreiche Studien zeigen. Nirgends ist Bildungserfolg so vom Geldbeutel der Eltern abhängig wie bei uns: Gute Bildung ist Mangelware und von Chancengleichheit kann kaum die Rede sein. Ich hatte Glück und LehrerInnen, die an mich glaubten, so dass aus mir am Ende dennoch ein Diplomingenieur wurde. Gute Bildung darf aber keine Frage des Glücks sein. Deshalb setze ich mich seit über 20 Jahren für Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung ein.

Viele Menschen in unserem Land sind der Meinung, dass es in Deutschland nicht gerecht zugeht. Fakt ist: Unser Land ist das fünfteichste Land der Welt. Aber immer weniger Menschen profitieren von diesem



Unser Direktkandidat für Mitte: Özcan Mutlu

Foto: Rainer Christian Kurzeder

Reichtum. Rekordstände bei der Leiharbeit, bei befristeten Arbeitsverträgen, bei Werkverträgen oder Mini-Jobs. Eine immer weiter auseinandergehende Einkommensschere. Mehr als jeder fünfte ArbeitnehmerIn arbeitet im Niedriglohnsektor und fast 7 Millionen Menschen arbeiten für weniger als 8,50 Euro. Das muss sich ändern!

Ich kämpfe für bezahlbare Mieten, die Kindergrundsicherung, die Garantierente, einen flächendeckenden Mindestlohn, eine echte Energiewende sowie Klimaschutz und eine Integrationspolitik, die nicht spaltet, sondern zusammenführt. Ich trete für eine inklusive Gesellschaft ein, in der jeder Mensch seinen Platz hat, unabhängig vom Geschlecht, der sexuellen Orientierung, der Religion, der Hautfarbe und davon, ob sie oder er ein Mensch mit oder ohne Behinderung ist. Dazu möchte ich mit all meinen Erfahrungen und Kenntnissen beitragen und mich im Interesse meines Wahlkreises und der BürgerInnen unseres Landes im Bundestag einsetzen.

Darum bitte ich um Ihre Unterstützung am 22. September: Erststimme Mutlu und Zweitstimme Bündnis 90/Die Grünen

Ihr Özcan Mutlu

■ Direktkandidat für Berlin-Mitte (WK-75)

Für Mitte direkt in den Bundestag

Özcan Mutlu, Direktkandidat für Berlin-Mitte im Interview

Inhalt:

Grüner Wandel	Seite 2
Infos zur Briefwahl	Seite 2
Mitgliederentscheid	Seite 2
Familienpolitik	Seite 3
Kita	Seite 3
Bildung	Seite 3
Wohnen	Seite 4
Altersarmut	Seite 5
Energiewende	Seite 5
Steuerpolitik	Seite 6
Mindestlohn	Seite 6
Bürgerversicherung	Seite 6
Datenschutz	Seite 7
Optionsmodell	Seite 7
Rechtsextremismus	Seite 7
Termine	Seite 8
Service	Seite 8
Impressum	Seite 8

Grüne Aussichten: Du kandidierst für Wahlkreis Berlin-Mitte. Warum sollen die Wählerinnen und Wähler des Bezirks Dir am 22. September Ihre Erststimme geben?

Sozial. Gerecht. Direkt. Mutlu! Das sind nicht nur Worte für den Wahlkampf. Diese drei Worte sind für mich Programm und das aus Überzeugung. Ich will Politik für alle Menschen in meinem Bezirk machen und mich mit vollem Engagement für meinen Wahlkreis im Bundestag einsetzen: für soziale Gerechtigkeit, für bezahlbare Mieten, für Chancengleichheit in der Bildung, für den gesetzlichen Mindestlohn und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Deshalb hoffe ich, dass die Menschen in Mitte am 22. September mit ihrer Erststimme mich und der Zweitstimme Bündnis 90/Die Grünen wählen.

Die Bürgerinnen und Bürger sehnen sich nach einer neuen

politischen Kultur, in der die Menschen gemeinsam Politik (mit)gestalten und verändern wollen. Die Stärkung der direkten Demokratie und der bürgerlichen Mitwirkungsrechte auf allen staatlichen Ebenen sorgen für eine attraktive und lebendige Demokratie und sind ein Mittel gegen Staats-, Politik- und Parteienverdrossenheit. Ich kämpfe für eine inklusive Gesellschaft, in der niemand ausgegrenzt oder benachteiligt wird.

Warum gehört die Regierung Merkel am 22. September abgewählt?

Die aktuellen Nachrichten zeigen es uns doch wieder: Prism, NSA, Euro Hawk etc. Jeden Tag neue skandalöse Enthüllungen, jeden Tag Augenwischerei. Diese Regierung ist hilflos, untätig und durchsetzungsschwach, daher gehört sie abgewählt! Die Kanzlerin zieht mit Wahlversprechen quer durch die Re-

publik, welche schlicht nicht finanzierbar sind. Solche Politik trägt dazu bei, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in die Politik verlieren. Der Politikstil von CDU und FDP, politische Entscheidungen von oben nach unten weiterzugeben, muss endlich beendet werden. Die Laufzeit für Schwarz-Gelb ist abgelaufen.

Was heißt das konkret für die Menschen in Mitte?

Wir Grüne wenden uns mit unserem Programm an alle Bürgerinnen und Bürger, die ebenfalls der Meinung sind, dass wir in unserer Gesellschaft jetzt einiges verändern müssen, um eine gute und sichere Zukunft zu schaffen. Es kann doch nicht sein, dass in unserem Land, welches zu den reichsten Ländern der Welt gehört, immer mehr Menschen von Armut bedroht sind, immer mehr Menschen ihre Mieten nicht zahlen können, junge Menschen nicht studieren

können, weil ihnen die Wege verschlossen sind. Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der ein würdevolles Leben für alle möglich ist, ohne dass jemand ausgeschlossen oder zurückgelassen wird. Und zwar von Jung, bis Alt, von den JuniorInnen, bis zu den SeniorInnen. Ich möchte in einer Gesellschaft leben, die gesellschaftliche Teilhabe und soziale Grundrechte ermöglicht und in der Chancen gerecht verteilt sind. Das ist für mich soziale Gerechtigkeit. Und dafür kämpfe ich.

Zum Abschluss die Frage: Warum am 22. September mit beiden Stimmen GRÜN wählen?

Weil es Zeit für den grünen Wandel ist. Wir brauchen eine sozial gerechtere Politik für eine moderne vielfältige Gesellschaft. Wir wollen gemeinsam einen grünen Wandel hin zu einer Wirtschaft und Gesellschaft schaffen, der nicht auf Kosten unserer Erde, nachkommender

Generationen oder wirtschaftlich schwächerer Menschen in anderen Regionen geht.

Bei der Bundestagswahl müssen wir die Weichen zur Lösung zentraler Zukunftsfragen stellen. Schlüsselprojekte wie die bürgernahe Energiewende, die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes, die Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin, oder die nachhaltige Finanz- und Wirtschaftspolitik sind nur mit starken Grünen umsetzbar. Ohne uns Grüne drohen weitere Jahre des Stillstands und des Rückschritts. Daher am 22. September unbedingt wählen gehen und mit Ihrer Erststimme: Sozial. Gerecht. Direkt. MUTLU und mit der Zweitstimme Bündnis 90/Die Grünen wählen.

INTERVIEW

■ Matthias Borowski

Wir brauchen den grünen Wandel

Am 22. September 2013 können wir Merkel abwählen und den grünen Wandel einläuten. Warum wir in Deutschland nachhaltige Veränderungen brauchen, erklären unsere Spitzenkandidaten Katrin Göring-Eckardt und Jürgen Trittin.

Deutschland geht es auf den ersten Blick gut – auch dank technologisch starker Unternehmen, gut ausgebildeter Fachkräfte und vieler kreativer Köpfe. Aber unser wirtschaftlicher Erfolg ist nicht nachhaltig, und er ist nicht gerecht verteilt.

Wir haben unser Land unter Rot-Grün zum weltweiten Vorbild im Umwelt- und Klimaschutz, Energiewende und beim Umbau der Industriegesellschaft gemacht. Doch nun blockiert die Merkel-Regierung den Ausbau erneuerbarer Energien, treibt die Kosten für die Energiewende künstlich in die Höhe und lädt die Last der steigenden Stromkosten alleine den Verbrauchern auf. Klimaschutz auf europäischer und internationaler Ebene bremst Merkel aus, obwohl sie Antreiberin sein müsste.

Merkel blockiert den Ausbau erneuerbarer Energien

Wir haben eine Kanzlerin, die gerne von sich sagt, sie sei die Kanzlerin für alle. Doch gleichzeitig gibt es in diesem Land knapp drei Millionen Menschen, die keine Arbeit haben. Und auch diejenigen mit Job sind nicht vor Armut geschützt: Jeder fünfte Beschäftigte in

Deutschland ist arm trotz Arbeit und ackert für einen Niedriglohn von deutlich unter 8,50 Euro in der Stunde. Es gibt Menschen, die trotz Vollzeitjob nicht genug Geld haben, um sich gesund zu ernähren und ihre Rechnungen zu bezahlen – geschweige denn fürs Alter oder den Notfall zu sparen.

Die Merkel-Koalition tut nichts, um daran etwas zu ändern. Sie macht eine Politik, die denjenigen hilft, die keine Hilfe brauchen und andere sich selbst überlässt. Das Ergebnis: Armut ist in Deutschland erblich. Es gibt Familien, die über Generationen von staatlicher Unterstützung leben, Kinder, die sich keine Hoffnungen machen, mal ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu führen. In einem der reichsten Länder der Welt wachsen 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche in Armut und mit schlechten Aufstiegschancen auf.

Seit acht Jahren haben wir eine Frau an der Regierungsspitze, die nichts dafür tut, das Grundrecht auf Gleichberechtigung der Geschlechter endlich umzusetzen. Frauen verdienen im Schnitt 21 Prozent weniger als Männer und steigen viel seltener in Führungspositionen auf. Viel häufiger sind sie in unsicheren Arbeitsverhältnissen und zu Niedriglöhnen beschäftigt, viel öfter von Altersarmut bedroht oder betroffen.



Unser bündnisgrünes Spitzenduo für die Bundestagswahl 2013: Katrin Göring-Eckardt und Jürgen Trittin

Grüner Wandel bedeutet, bezahlbare und sichere Energie für alle bereitzustellen und weltweit Vorbild in Sachen Energiewende und Klimaschutz zu sein.

Zeit für den Grünen Wandel

Grüner Wandel bedeutet eine gerechtere Verteilung des Wohlstands, ein Existenzminimum, mit dem man am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann, ein gesetzlicher Mindestlohn und eine Steuerpolitik, die Schulden abbaut, die unser Gemeinwesen solide finanziert und die Gering- und Normalverdienern genug Geld zum Leben lässt.

Grüner Wandel bedeutet, in einer toleranten, gleichberechtigten Gesellschaft zu leben, in der Schwule und Lesben, Familien, Menschen mit Migrationshintergrund, Alte und Behinderte die gleichen Chancen und Rechte haben.

Dafür stehen wir, das wollen wir gemeinsam erreichen.

ZUR PERSON

■ Katrin Göring-Eckardt und Jürgen Trittin, SpitzenkandidatInnen von Bündnis 90/Die Grünen zur Bundestagswahl am 22. September 2013

Foto: gruene.de

basislager.mitte Unsere Wahlkampfzentrale

Am 28. Juni 2013 haben wir unser Wahlkampfbasislager in der Weddinger Malplaquetstraße eröffnet

Mit der Eröffnung unserer Wahlkampfzentrale basislager.mitte in der Weddinger Malplaquetstraße hat auch für uns die heiße Phase im Bundestagswahlkampf begonnen. Von der Wahlkampfzentrale aus wird der grüne Wahlkampf für den Bezirk Mitte organisiert und koordiniert. Zudem bilden die neuen Räumlichkeiten einen zentralen Anlaufpunkt für alle BürgerInnen, um sich über grüne Politik zu informieren und mit unserem Direktkandidaten Özcan Mutlu ins Gespräch zu kommen. Von Montag bis Freitag, 10 bis 18 Uhr, steht das Büro allen interessierten BürgerInnen offen. Zusätzlich gibt es zweimal im Monat eine Sprechstunde mit Özcan Mutlu.

„Wir wollen deutlich machen, dass der Wahlkampf in Mitte keine geschlossene Veranstaltung ist“, so unser Direktkandidat Özcan Mutlu bei der feierlichen Eröffnung. „Ich persönlich möchte mit den Menschen direkt ins Gespräch kommen, schließlich will ich mich als die Stimme von Berlin-Mitte im Bundestag für die Belange der BürgerInnen des Bezirks einsetzen. Deshalb eröffnen wir unsere Wahlkampfzentrale mitten im Bezirk, ganz nah bei den Menschen, als Anlaufpunkt vor Ort

für alle BürgerInnen. Kommen Sie vorbei und sprechen Sie mit uns über Ihr Anliegen. Oder lernen Sie mich einfach kennen.“

mb

basislager.mitte

Malplaquetstraße 7
13347 Berlin

Öffnungszeiten: Montag bis
Freitag von 10 bis 18 Uhr

Sprechstunde mit Özcan Mutlu:
Jeden 1. und 3. Freitag im
Monat von 15 bis 17 Uhr

Telefon: 030/544 68 299

Informationen zur Briefwahl

Bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 haben die Wählerinnen und Wähler je zwei Stimmen: die Erststimme und die Zweitstimme. Mit der Erststimme wählen Sie den Kandidaten Ihres Wahlkreises. Mit der Zweitstimme wählen Sie die Partei Ihrer Wahl. So können Sie mit Ihrer Erststimme dafür sorgen, dass Özcan Mutlu für den Wahlkreis Berlin-Mitte direkt in den Deutschen Bundestag einzieht. Mit Ihrer Zweitstimme können Sie Ihren Beitrag leisten, dass eine starke Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag vertreten ist.

Wenn Sie am Wahltag verhindert sind oder sich nicht am

Wohnort aufhalten, können Sie Ihre Stimme per Briefwahl abgeben. Jede Wahlberechtigte und jeder Wahlberechtigter, der in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann sein Wahlrecht durch Briefwahl ausüben, wenn sie oder er einen Antrag auf Erteilung eines Wahlscheins stellt. Die Erteilung eines Wahlscheines kann schriftlich oder mündlich bei der Gemeindebehörde beantragt werden.

Wahlberechtigte, die per Briefwahl wählen wollen, sollten den Antrag auf Wahlschein und Briefwahlunterlagen so zeitig wie möglich beim Bezirksamt Mitte von Berlin, Bezirkswahlamt (Müllerstraße 146, 13353

Berlin) stellen. Sie müssen hierzu nicht den Erhalt der Wahlbenachrichtigung abwarten. Wenn man den Wahlschein doch nicht für die Briefwahl nutzt, muss man ihn zur Abstimmung ins Wahllokal mitbringen.

dg



9 Gründe für Grün

Grüner Mitgliederentscheid 2013

Unsere Mitglieder haben entschieden. 58 Schlüsselprojekte standen zur Auswahl. Neun Regierungsprioritäten sind nun per Briefwahl und bei über 330 Veranstaltungen in den Kreisverbänden gewählt worden. Im Wahljahr 2013 haben wir mit dem Mitgliederentscheid am 8. und 9. Juni eine neue und besondere Form der Beteiligung möglich gemacht. Von Flensburg bis Konstanz, von Görlitz bis Aachen konnte jedes Grünen-Mitglied mitbestimmen. Es wurde online argumentiert, auf allen Kanälen für die Lieblingsprojekte geworben und zuletzt in über 330 Kreisverbänden auf Veranstaltungen gemeinsam abgestimmt. Wieder einmal haben wir gezeigt: Grüne Basisdemokratie lebt.

Die Reihenfolge der Schlüsselprojekte bei den drei Themenschwerpunkten ergibt sich aus der Anzahl der abgegebenen Stimmen.

Unsere Regierungsprioritäten zum Thema **Energiewende**

- 100 Prozent Erneuerbare Energien - für eine faire Energiewende in BürgerInnenhand
- Die Massentierhaltung beenden - ein neues Tierschutzgesetz für artgerechte Haltung
- Wirtschaftswachstum ist nicht das Maß der Dinge – neue Indikatoren für Wohlstand und Lebensqualität

Unsere Regierungsprioritäten zum Thema **Gerechtigkeit**

- Niedriglöhne abschaffen - einen allgemeinen Mindestlohn einführen
- Zwei-Klassen-Medizin abschaffen - EINE Bürgerversicherung für Alle
- Die Finanzmärkte neu ordnen – eine Schuldenbremse für Banken

Unsere Regierungsprioritäten zum Thema **Moderne Gesellschaft**

- Keine Rüstungsexporte zu Lasten von Menschenrechten - ein Rüstungsexportgesetz beschließen
- Das Betreuungsgeld abschaffen - gute Kita-Plätze besser ausbauen
- Rechtsextremismus entschieden entgegenreten – Projekte gegen Rechtsextremismus systematisch fördern

Unser Ziel: Ein besseres Morgen

Grüne Familienpolitik – Die Zukunft verdient unsere Leidenschaft

Wer Grün wählt ...

bekämpft Kinderarmut und setzt sich für die Einführung der Kindergrundsicherung ein.

Bisher werden in Deutschland ca. 200 Milliarden Euro für ein „Sammelsurium“ an Leistungen für Familien ausgegeben. Wir Grüne streben ein Modell an, das die bisherigen familienbezogenen Leistungen zu einer zusammenfassenden Kindergrundsicherung. Diese beträgt pro Kind 300 Euro und gilt für alle – denn jedes Kind und jede Familie soll die gleichen Chancen erhalten und ist uns gleich viel wert. Die Kindergrundsicherung setzt dem alten System der Familienförderung ein neues, sozial gerechtes Modell entgegen.

Wer Grün wählt ...

verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

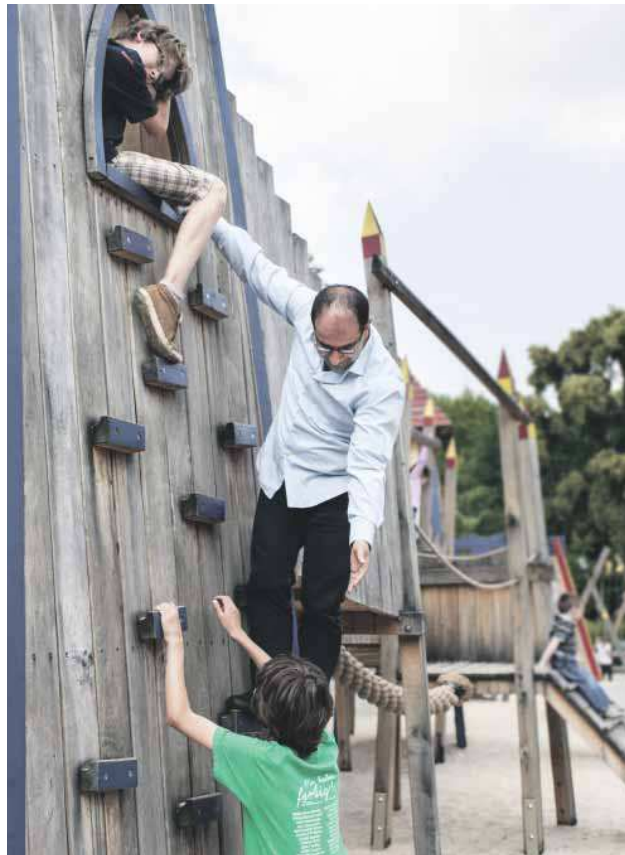
Neben einer breit aufgestellten Kinderbetreuung setzen

wir uns für flexible Arbeitszeitmodelle ein. Diese, aber auch eine selbstverantwortliche Steuerung der Rückkehr in den Beruf, ermöglichen den unterschiedlichen Ansprüchen der Familienphasen gerecht zu werden. Dazu gehört aber auch die Sicherstellung eines fairen Lohns. Nur wenn Arbeit fair und angemessen bezahlt wird, sichert sie ausreichend den Lebensunterhalt.

Wer Grün wählt ...

will selbstbestimmt leben bis ins hohe Alter.

Flexible Arbeitszeitmodelle helfen nicht nur Familien mit Kindern, sondern sollen auch den Menschen eine möglichst lange Teilhabe am Erwerbsleben ermöglichen. Dabei ist zudem ein Schwerpunkt auf den Umbau auf altersgerechte Arbeitsplätze zu legen. Wenn unsere Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben abnimmt, brauchen wir zudem die Sicherstellung von würdevoller Pflege. Der bisherige Pflege-



Zeit für gemeinsames Toben muss sein

Foto: Sascha Bachmann

TÜV funktioniert nicht, weil er nur die Verwaltung prüft, nicht aber die Pflege am Menschen. Das ist falsch. Wir Grüne wollen eine Kontrolle der Pflegequalität und deshalb einen neuen Pflege-

Wer Grün wählt ...

wird auch Berlin-Mitte familienfreundlicher gestalten.

Die Bundespolitik gibt häufig den Rahmen vor für die tatsäch-

Mutlu sagt:
Den Familien muss mehr Zeit gegeben werden durch familienfreundliche Arbeitszeitmodelle.

TÜV. Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt, nicht die Bürokratie. Wir wollen Menschen, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen, stärker als bisher unterstützen. Dazu werden wir die Pflege im Stadtteil stärken und die ambulanten Versorgungs- und Entlastungsangebote vor Ort verbessern. Wir wollen es Pflegebedürftigen ermöglichen, durch ein persönliches Pflegebudget die Pflege nach eigenen Wünschen zu organisieren. Finanziert werden kann dies alles durch eine Pflegebürgerversicherung, in die alle BürgerInnen einzahlen.

liche Ausgestaltung vor Ort. In Mitte setzen wir uns konkret für die Gestaltung von Kitas, Schulen und Ganztagesbetreuungseinrichtungen, jeweils mit günstigem und gesundem Essen, sowie von öffentlichen Spielplätzen und Sportanlagen ein. Mitte soll und muss noch familienfreundlicher werden.

ZUR PERSON

■ Dagmar Müller ist sozialpolitische Sprecherin der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen Berlin-Mitte.

Gute Kitas für alle Kinder

Begeisterung und Wissensdurst erhalten, Kinder in ihrer Unterschiedlichkeit fördern

Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauchen Familien gute Betreuungsplätze. Nur wer seine kleinsten Familienmitglieder gut betreut weiß, kann in Ruhe und ohne schlechtes Gewissen einen guten Job machen. Dafür müssen der ab 1. August 2013 geltende Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für Ein- und Zweijährige angemessen finanziert, der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz eingeführt, die Ausbildung von mehr ErzieherInnen ausgebaut sowie bundesweit Mindeststandards für die Qualität in den Kitas in einem Gesetz festgelegt werden.

Fachkräfte fehlen zu Lasten der Kinder

Berlins Bildungsensorin Scheeres hofft darauf, dass die Kitaplätze, die in Berlin in den vergangenen Jahren geschaffen wurden, ausreichend sind. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder prognostizierte im Juli 2013, zum Stichtag 1.8. seien bundesweit genügend Betreuungsplätze vorhanden. Ob dies so auch für Großstädte - also auch Berlin- gilt, ist nicht sicher. Nach Angaben der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft fehlen Hunderte von Fachkräften. Dies trifft

auch für Berlin-Mitte zu, denn schon heute fehlt es in den Kitas im Bezirk an ausreichend ErzieherInnen. Zudem hat der Landesrechnungshof ermittelt, dass der Senat derzeit Millionenbeträge für Personal an Kitaträger zahlt, das in den Einrichtungen gar nicht vorhanden ist. Darunter leidet die Qualität - Leidtragende sind die Kinder. Diese Probleme gehen vor allem auf das Konto der schwarz-gelben Bundesregierung. Sie hat es durch Maßnahmen wie die Einführung des Betreuungsgeldes versäumt, Geld in Kitas und deren Qualität zu investieren. Die Bundesregierung hat stattdessen die Kinderfreibeträge für wohlhabende Familien erhöht- Chancengleichheit für alle Familien sieht anders aus!

Qualitätsoffensive für Kitas

Wir Grüne wollen, dass der Bund nicht nur für den Ausbau von Kitaplätzen, sondern endlich auch für eine bessere Qualität in der frühkindlichen Bildung und Betreuung sorgt. Dreh- und Angelpunkt für die Qualität ist der Personalschlüssel: Damit alle Kinder in Wedding und Moabit, in Altmitte und in Tiergarten gleichermaßen von guten Kitaangeboten profitieren können, muss ein auf

die Fachkraft-Kind-Relation bezogener Standard in einem Bundesgesetz verankert werden. Der Bund muss sich dabei finanziell beteiligen.

ZUR PERSON

■ Ann-Christin Weber ist kitapolitische Sprecherin der BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen und Mitglied im Ausschuss Schule.

Ich sprüh's an jede Wand: grüne Bildung braucht das Land

... was grüne Bildungspolitik will und warum sie so wichtig für unseren Bezirk ist.

Grüne Bildungspolitik will mehr Gerechtigkeit und Entlastung in einem inklusiven Bildungssystem, das Allen Teilhabe ermöglicht. Eine neue Bildungsoffensive gegen Bildungsbenachteiligung, ein flächendeckender barrierefreier Ganztagsbetrieb, die Stärkung der Schulsozialarbeit, durchgängige Sprachbildung und die Mitbestimmung von Eltern und SchülerInnen sind Kernanliegen grüner Bildungspolitik.

Die 2006 eingeführte Föderalismusreform I beinhaltet das so genannte „Kooperationsverbot“. Bildung ist seither Ländersache, der Bund darf sich nicht an der Finanzierung des Bildungswesens beteiligen. Dies wirkt wie eine Bremse besonders beim Ausbau von Ganztagschulen, Inklusion und Schulsozialarbeit.

Grüne Bildungspolitik: inklusiv und gerecht

Eine zentrale Grüne Forderung lautet daher: Weg mit dem Kooperationsverbot! Damit wäre es wieder möglich, dass der Bund die Länder z.B. beim Ausbau von Ganztagschulen finanziell unterstützen kann. Daneben sprechen wir Bündnisgrüne uns klar für eine bessere Finanzierung des Bildungswesens aus: mindestens 7 % des Bruttosozialproduktes sollen jährlich für Bildung und 3,5 % für Forschung und Entwicklung bis 2020 ausgegeben werden. Bildungsausgaben haben damit einen Vorrang und bilden die Grundlage für die Grüne neue Bildungsoffensive. Zusätzlich sollen durch eine Reform der Erbschaftssteuer und Vorschläge für eine andere Finanz- und Steuerpolitik weitere finanzielle Spielräume geschaffen werden.

Mitte braucht die Grüne Bildungsoffensive: für den momentan ins Stocken geratenen Ausbau der Ganztagschulen, die vorsichtig begonnene Etablierung von Inklusion und eine effektive durchgängige Sprachbildung in allen Schulen. Özcan Mutlu vertritt wie kein anderer diese Themen und steht

selbst für den Aufstieg durch Bildung und echte Teilhabe an unserer Gesellschaft. Als Kind von türkischen Gastarbeitern weiß er genau, wie schwer es ist, in unserem Berlin Fuß zu fassen.

... Und was hat unser Bezirk davon?

Özcan Mutlu gibt den Benachteiligten ein Gesicht und der Jugend eine Stimme, denn auf sie kommt es an. Er zeigt, dass sich gute Bildung für Alle lohnt und wird für mehr Gerechtigkeit im Bundestag

Mutlu sagt:
Inklusive Schule jetzt, ohne wenn und aber!

kämpfen. Seit 10 Jahren ist er bildungspolitischer Sprecher der Bündnisgrünen im Abgeordnetenhaus von Berlin. Seine Expertise und Erfahrung sind glaubwürdig und überzeugend – so einen Bundestagsabgeordneten braucht der Bezirk!

Deshalb lohnt es sich am 22. September mit beiden Stimmen Bündnis 90/Die Grünen zu wählen – Erststimme Mutlu, Zweitstimme Grün.

ZUR PERSON

■ Jenny Neubert ist integrationspolitische Sprecherin der Bündnisgrünen Fraktion Berlin-Mitte.



GRUENE.DE / ZUKUNFT

Mutlu sagt:
Es müssen rasch qualitativ hochwertige Kitaplätze geschaffen werden. Das unsinnige Betreuungsgeld wird abgeschafft.

Wohnen in Mitte mit wenig Geld

Der Senat feiert sich selbst! Für ein Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum, das erst nächstes Jahr in Kraft tritt. Für ein paar Euro, die es beim ALG-II- und der Grundsicherung mehr fürs Wohnen gibt. Für seine Aufforderung, die Bezirke sollen endlich gegen Wuchermieten vorgehen. Für ein Mietenbündnis, das er nicht kontrollieren will.

Feiern kann man vieles. Auch heiße Luft. Doch die Menschen in Berlin sind nicht in Feiertage. Zu viele können sich das Wohnen im Zentrum kaum leisten.

Das gilt insbesondere für die Menschen, die ihr Geld vom Jobcenter oder dem Sozialamt bekommen. Denn die zum 1. August geplante Erhöhung der Beträge, bis zu denen eine Miete als angemessen gilt und vom Land voll übernommen wird, ist keine Lösung. Durchschnittlich 415, Euro für einen 1-, 500,- Euro für einen 2- und 590,- Euro für einen 3-Personen-Haushalt klingen nicht schlecht. Wer seit längerem in einer nicht zu luxuriösen und nicht modernisierten Wohnung wohnt, für den dürfte das Geld reichen. Doch bei einer Neuvermietung liegen die Mieten oft deutlich über den Sätzen des Senates. So entsteht ein Teufelskreis: Selbst die Menschen, die in zu teuren Wohnungen leben und bereit sind umzuziehen, finden nur teure Wohnungen. Und wenn das Jobcenter dann nur noch die angemessene Miete übernehmen darf, sind Mietschulden, Kündigung und Wohnungslosigkeit oft nur noch eine Frage der Zeit. Einzige Lö-

sung: eine Wohnung am Rand von Berlin. Denn bei den maximalen Mietkosten spielt es keine Rolle, wo die Wohnung liegt. Statt die Werte klug zwischen den Ortsteilen zu differenzieren, nimmt Berlin eine Entwicklung in Kauf, deren Wirkung in vielen europäischen Metropolen beklagt wird. Luxuswohnungen in der Innenstadt, Armenwohnungen am Stadtrand. Und in zehn oder zwanzig Jahren wird man sich fragen: Wie konnte es nur so weit kommen. Und viel öffentliches Geld fließt in die neuen Problemviertel, die der Senat selbst geschaffen hat.

Doch halt! Der Senat tut was: Er fordert die Bezirke auf, gegen Zweckentfremdung und Wuchermieten vorzugehen. Gern würden das die Bezirke machen. Doch außer einem erhobenen Zeigefinger haben sie dafür keine Instrumente. Und noch weniger Personal. So wird das Zweckentfremdungsverbotsgesetz frühestens zum Jahresende beschlossen – mit großzügigen Übergangsfristen insbesondere für die Tausende von Ferienwohnungen. Besonders pffiffig: Ein Antrag auf Zweckentfremdung und damit dauerhaftem Entzug vom regulären Wohnungsmarkt gilt



schon als genehmigt, wenn er nicht innerhalb weniger Wochen abgelehnt wird. Da trifft

es sich gut, zumindest für die Immobilienbranche und die Ferienwohnungsbetreiber, dass

die Bezirke für diese Aufgabe gar kein Personal haben. So sind die 25 Stellen, die in Mitte Anfang des Jahrtausends gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum kämpften, alle längst wieder eingespart. Und der Bezirk soll weitere Stellen einsparen! Selbst wenn symbolisch ein paar neue MitarbeiterInnen eingestellt werden dürften, die geschätzt 10.000 Fälle – einschließlich der gerichtlichen Auseinandersetzungen dazu – wird das Bezirksamt Mitte niemals managen können.

Umso besser, dass es noch Wohnungen gibt, die scheinbar Menschen mit geringerem Einkommen vorbehalten bleiben. Doch auch diesen Schutz hat der Senat nun aufgehoben. Sämtliche Wohnungen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften wurden aus der Belegungsbindung entlassen. Zwar sieht die Vereinbarung vor, dass die Gesellschaften die Hälfte (innerhalb des S-Bahn-Rings) bzw. ein Drittel (außerhalb des S-Bahn-Rings) der freierwerbenden Wohnungen an Menschen vermietet, die eigentlich einen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein hätten. Doch kontrollieren will

der Senat diese Vereinbarung nicht. Deswegen hat er auch in seinem Mietenbündnis auf Strafen verzichtet, falls dagegen verstoßen wird. In diese Befreiung hat der Senat auch die Wohnungen gepackt, die für Alleinerziehende, Familien, Schwerbehinderte und HilfeempfängerInnen reserviert waren, die wegen zu hoher Mieten umziehen müssen. Davon gab es in Mitte 5.000 Wohnungen. Jetzt kann die barrierefreie Wohnung mit behindertengerechtem Bad auch an den noch nicht so gut verdienenden Rechtsanwalt vermietet werden. So macht Deregulierung Spaß – nur leider nicht allen. Die Menschen, deren Wohnsituation immer schwieriger wird, sind bei Rot und Schwarz an der falschen Adresse.

ZUR PERSON

■ Stephan von Dassel gehörte von 1999 bis 2009 der bündnisgrünen Fraktion in Berlin-Mitte an. Seit 2009 ist er Bezirksstadtrat für Soziales und Bürgerdienste und seit 2011 stellvertretender Bezirksbürgermeister.

Für eine gerechte und soziale Wohnungspolitik

Steigende Mieten und Wohnraummangel - die Regierung verschließt die Augen

Seit Jahren ignorieren sowohl die schwarze-gelbe Bundes- als auch die rot-schwarze Landespolitik, dass ein unregelmäßiger Wohnungsmarkt den Untergang bezahlbarer Mieten bedeutet.

Jahrzehntlang wurden der staatliche Wohnungsneubau und die Finanzierung der Modernisierung von Bestandswohnungen auf null gefahren. Noch bis zum Ende des rot-roten Senates im Jahre 2011 wurde gebetsmühlenartig unter Berufung auf falsche Leerstandszahlen behauptet, der Mietmarkt in Berlin sei entspannt.

Das Ergebnis dieser verantwortungslosen Politik bekommen derzeit die BerlinerInnen zu spüren, die sich keine SteuerberaterInnen für ihre Abschreibungen leisten können. In einer Studie zum „Indikatoren-System zur kleinräumigen Wohnungsmarktanalyse“ kommt das Institut GEWOS im April 2012 zu der Erkenntnis: „Im Ergebnis

Initiativen, die sich zu Recht dagegen wehrt, steigt.

Bereits im Januar 2007 titelte die Berliner Zeitung: „In Tiergarten sind die Mieten spitze“. Derzeit überschlagen sich Fernsehsender mit Wohnungsnot-Reportagen und Presseüberschriften sehen die Berliner Mieten an München „vorbeziehen“. Laut 23. City Report der Aengevelt Immobilien GmbH & Co. KG stiegen die Mieten in Berlin von 2007-2012 um 37 %, in Hamburg um 26 % und München „nur“ um 18 %. Ein „Aufwärtstrend“, den wir eigentlich nur Hertha BSC wünschen können.

Diese dramatische Erkenntnis gewinnt derzeit eine Vielzahl wohnungssuchender Singles und Familien in Mitte. Noch aussichtsloser ist es für EmpfängerInnen von Transferleistungen (Hartz IV). 2011 ergingen durch die Jobcenter insgesamt 65.511 Aufforderungen, die Kosten für Unterkunft und Heizung

bezahlbaren Wohnraum mehr gibt? Bündnis 90/Die Grünen fordern daher schon seit langer Zeit angemessene Zuschüsse für ALG-II-EmpfängerInnen.

In Berlin hat man nun angeblich die alles selig machende erlergende Wollmilchsaue gefunden: Privater Wohnungsneubau und die städtischen Wohnungsbaugesellschaften machen auch ein bisschen mit. Bezahlbarkeit? Die Wohnungsbaugesellschaft DEGEWO geht bei ihrem aktuellen Neubauvorhaben „Mariengrün“ mit 52 Wohnungen von einer durchschnittlichen Nettokaltmiete von 8,50 €/qm aus, wobei wir dann sicherlich schnell bei einer Warmmiete von wenigstens 10€/qm wären.

Mietpreistreiber Neuvermietung

Während der bündnisgrüne Bürgermeister Franz Schulz in Friedrichshain-Kreuzberg durch städtebauliche Verträge auch privaten EigentümerInnen den Neubau von bezahlbarem Wohnraum abtrotzt, lehnt die rot-schwarze Zählgemeinschaft im Bezirk Mitte diese Schaffung bezahlbaren Wohnraums ab. Anstatt über Milieuschutzsätzen Einfluss auf Gentrifizierungstendenzen zu nehmen, brüsten sich SPD und CDU in Mitte mit der Abschaffung des Grillens im Großen Tiergarten. Und den CDU-Baustadtrat von Berlin-Mitte wird man auch in den nächsten Jahren nicht auf der obersten Barrikade des Kampfes gegen die Ausweitung von Ferienwohnungen sehen. Lieber engagiert er sich politisch bei der Verhinderung von

Flüchtlingsunterbringungen in Wohngebieten.

Während Bundeskanzlerin Angela Merkel inzwischen angeblich auch eine Problematik bei den Neuvermietungsstellen erkannt hat, versagt ihr die schwarz-gelbe Koalition die Gefolgschaft. So lehnt sie im Bundestag alle Initiativen ab, die Preistreiber bei den Bestandsmieten einzudämmen. Und der Regierende Bürgermeister Wowereit macht das, was er immer in solchen Fällen tut: Er enthält sich einer eigenen Meinung und lässt die Berlinerinnen mit ihren Problemen allein.

Die Bundesregierung hat ein Mietrechtsänderungsgesetz

beschlossen, das weit reichende Verschlechterungen für die MieterInnen bringt: Das Mietminderungsrecht wird bei energetischen Modernisierungen für drei Monate völlig abgeschafft. Es gibt eine Aufweichung der Anforderungen für nachvollziehbare Modernisierungsankündigung. Dazu kommt die faktische Abschaffung von Härtefallgründen gegen die Duldung von unbezahlbaren Modernisierungsmaßnahmen bei gleichzeitiger Beibehaltung der 11prozentigen Umlagemöglichkeit der Modernisierungskosten auf die Jahresmiete. Zudem ist eine Erleichterung der Wohnungsräumung durch die Vermieter vorgesehen.

Die längst überfällige Begrenzung von Neuvermietungsverträgen für Bestandswohnungen hat das Mietrechtsänderungsgesetz wieder nicht aufgenommen.

Am 22.9. fällt die Entscheidung für eine neue Bundesregierung und gerechte Wohnungspolitik: eine Entscheidung für Zwei Stimmen Grün in Mitte.

ZUR PERSON

■ Frank Bertermann ist stadtentwicklungspolitischer Sprecher der bündnisgrünen Fraktion Berlin-Mitte.

Mutlu sagt:
Wir GRÜNE können bezahlbare Mieten und klimafreundliches Wohnen vereinbaren. Wir wollen Fördertöpfe für die energetische Modernisierung einführen und die Modernisierungsumlage senken.

wird eine deutliche Anspannung des Wohnungsmarktes im inneren Bereich angezeigt. Hier weisen die Indikatoren darauf hin, dass nach den Eingriffskriterien ‚keine ausreichende Versorgung‘ und ‚keine angemessenen Bedingungen‘ gegeben sind.“ Die Zahl der

zu senken. In Mitte betraf es 6.284 Haushalte. 2012 wurden 612 Umzüge bei ALG-II-EmpfängerInnen registriert. Zurzeit beziehen von rund 316.700 betroffenen Haushalten fast 304.500 finanzielle Zuschüsse für Unterkunft und Heizung. Aber wohin, wenn es keinen

Um Mietsteigerungen zu begrenzen und den sozialen Wohnungsbau zu fördern, setzen sich Bündnis 90/DIE GRÜNEN in einer kommenden Regierung für folgende Ziele ein:

- In Gebieten mit Wohnraummangel sollen gezielt Mietobergrenzen eingeführt werden können, so dass die neue Miete nur bei maximal 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf.
- Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete sollen bei laufenden Verträgen auf maximal 15 % in vier Jahren begrenzt werden. Beim Mietspiegel sollen die Mieten der letzten zehn Jahre (statt bisher vier Jahre) einbezogen werden.
- Ermöglichung von Mietobergrenzen in Sanierungs- und Milieuschutzgebieten und die Einschränkungen bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.
- Finanzielle Förderung des sozialen Wohnungsbaus und von Grundstücksankäufen.
- Übernahme von Maklergebühren durch den, der den/die Makler/in beauftragt.
- Deckelung der Umlagemöglichkeit der Modernisierungskosten auf die Jahresmiete bei 9 % und ihre Begrenzung auf energetische Sanierung und altersgerechten Umbau.
- Finanzielle Unterstützung für EigentümerInnen, die sich aktiv an der Energiewende im Gebäudebestand beteiligen wollen, und stärkere steuerliche Förderung energetischer Sanierungen.
- Einführung einer Klimakomponente in die Kosten der Unterkunft und in das Wohngeld.
- Behutsame energetische Quartierssanierung und Stadterneuerung, Erhöhung der Städtebauförderung und ausreichende finanzielle Ausstattung des Programms „Soziale Stadt“ (Quartiersmanagement).
- Förderung der Gründung stadtteilorientierter Genossenschaften.
- Ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit.

Altersarmut - Schicksal oder politische Vergesslichkeit?

Bereits heute haben zwei Millionen Ältere in Deutschland ein Einkommen unterhalb der EU-Armutrisikogrenze

Millionen Menschen in unserer Republik sorgen sich um ihre Zukunft. Dazu zählen insbesondere Jugendliche, Kranke, ältere und alte Menschen. Altersarmut, die sich sowohl in Vereinsamung als auch in finanzieller Armut zeigen kann, einhergehend mit der Angst vor dem Verlust der Wohnung oder einer schweren Erkrankung bestimmen den Alltag vieler Menschen und nicht nur derer, die von Altersarmut bereits betroffen sind. Die meisten Menschen haben ein Leben lang hart gearbeitet, doch die Rentenreform von 2001 war der Ausstieg aus der Lebensstandard sichernden Rente.

Im Jahr 2002 war der Bericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ des Deutschen Bundestages fertig gestellt. Dieser enthielt alle Daten darüber, wie sich unsere Gesellschaft verändert. Seit dem hat sich nichts getan. Erst vor Kurzem hat Frau Kanzlerin Angela Merkel einen Gipfel zum „Demographischen Wandel“ einberufen. Die 11 Jahre dazwischen sind vergeudete und verlorene Jahre, die zu Lasten einer der schwächsten Gruppen in Deutschland geht. Auch in unserem Bezirk ist ein Anstieg der GrundsicherungsempfängerInnen im Alter zu verzeichnen. Dieses Problem verstärkt sich insbesondere durch eine vorangegangene Erwerbsminderung.

Dieses ist ein Warnsignal für uns alle. Jede zweite Rente in Deutschland ist niedriger als der

Hartz IV-Satz und da stelle ich mir ganz persönlich die Frage: Haben diese Menschen, die mit dazu beigetragen haben, dass Deutschland eines der reichsten Länder der Welt geworden ist, es verdient, dass sie verarmen? Mit Sicherheit nicht!

Nötiger Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik

Eine veränderte Arbeitswelt mit Minijobs, Teilzeitarbeit oder geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen wird die Armut weiter verstärken. Insbesondere bei Frauen kommen noch Auszeiten von der Erwerbstätigkeit durch Kindererziehung und Pflege Angehöriger hinzu, welches sich negativ auf die Rente auswirkt. Besonders hoch ist das Armutsrisiko bei Migrantinnen und Migranten; es liegt bei 41 %. Neben dieser sozialen Ungerechtigkeit, kommt hier auch noch politische Gleichgültigkeit bei der Integration hinzu.

Es muss unbedingt zu einem Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik kommen, in der das zunehmende Älterwerden, die sich dadurch erhöhende Pflegebedürftigkeit und das Recht an gesellschaftlicher Teilhabe als fester Bestandteil einer adäquaten Finanzierung Berücksichtigung finden müssen. Wenn es zu keiner Veränderung der Sozialpolitik in unserer immer älter werdenden Gesellschaft kommt,



Soziale Ungerechtigkeit immer fest im Blick: Jutta Schauer-Oldenburg im Gespräch mit Özcan Mutlu

Foto: Sascha Bachmann

Mutlu sagt:

Es ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit und der Würde, dass Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben und langjährig rentenversichert waren, als RentnerInnen nicht von Altersarmut bedroht sind. Unsere Antwort ist die steuerfinanzierte Garantierente von mindestens 850 Euro im Monat.

unseres Grundgesetzes besagt, dass die Bundesrepublik ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat ist; dies muss gewährleistet bleiben.

Was muss nach den Wahlen sofort geschehen?

Wir brauchen eine Sozialpolitik, die sich am demographischen Wandel orientiert. Es muss endlich die Bürgerversicherung eingeführt werden, unabhängig von den fadenscheinigen Gegenargumenten der schwarz-gelben Bundesregierung. Es müssen ausreichend seniorengerechte Wohnungen gebaut werden, nur so kann eine ambulante Pflege vor der stationären Pflege durchgeführt werden und die Menschen können länger in ihrem vertrauten Umfeld bleiben. Dies wäre auch eine Präventionsmaßnahme gegen Vereinsamung.

Goethe darf nicht Recht haben, wenn er sagt: „Nach Jahren der Last kommt die Last der Jahre.“

ZUR PERSON

Jutta Schauer-Oldenburg war von 2004 bis 2012 Mitglied der bündnisgrünen Fraktion in Berlin Mitte und unter anderem Fraktions- und sozialpolitische Sprecherin.

100 % sichere Energie = 100 % erneuerbare Energie

Wie wir die Energiewende zum Erfolg führen

Bei den derzeit teils sehr polemisch geführten Diskussionen um die Kosten der Energiewende wird häufig vergessen, dass es letztlich darum geht, angesichts endlicher fossiler Energieträger auch künftigen Generationen eine sichere Energieversorgung und ein Leben in Wohlstand zu ermöglichen. Was liegt da näher, als die Energiepolitik endlich konsequent auf Sonne, Wind, Wasser und mehr Energieeffizienz auszurichten?

Wohlstand und eine sichere Energieversorgung

Eine sichere Energieversorgung auf Basis von erneuerbaren Energien dient gleichzeitig dem Klimaschutz, da weniger umweltschädliches CO₂ in die Atmosphäre gelangt. Wenn dazu noch durch die Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden, Geräten und Fahrzeugen der Energiebedarf gesenkt wird, entsteht eine Win-win-win-Situation.

Unser Bundestagswahlprogramm setzt die Ziele „100 % erneuerbar produzierter Strom bis 2030“ und „100 % Erneuerbare Energien im Gebäude- und Wärmebereich bis 2040“ – angesichts der Entwicklung der vergangenen Jahre sind dies beileibe keine unerschwingli-

chen Utopien, sondern realistische Forderungen im Sinne der Zukunft nachfolgender Generationen.

Während die Politik dafür auf allen Ebenen die richtigen Rahmenbedingungen schaffen muss, gilt es aber vor allem auch, die Energiewende von unten weiterzuführen. Die enorme Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland ist zu über 90 % Privatleuten und Stadtwerken zu verdanken. Dies zeigt, dass gerade auf bezirklicher und Landesebene viel bewegt werden kann.

Klimaschutzkonzept für den Bezirk Mitte

Wir Bündnisgrüne in Mitte fordern deshalb schon lange ein Klimaschutzkonzept für den Bezirk Mitte. Für derartige Projekte stehen sogar kommunale Förderprogramme des Bundes oder auf Europaebene zur Verfügung – man muss diese nur nutzen. Aus der bündnisgrünen Bezirksgruppe heraus hat die AG Klima ein Klimaschutzprogramm entwickelt, das als Vorstufe zu einem Klimaschutzkonzept angesehen werden kann und in Kürze beschlossen werden soll. Es zeigt Möglichkeiten zur Förderung



GRUENE.DE / ZUKUNFT

des Klimaschutzes im direkten Einflussbereich des Bezirks auf – von den bezirklichen Gebäuden über Bildung und Mobilität

bis hin zur Unterstützung privaten Engagements. Die Kapitel „Bezirkliche Gebäude“ und „Erneuerbare Energien“ ma-

chen dabei besonders deutlich, wie eng der Zusammenhang zwischen Klimaschutz und sicherer Energieversorgung ist: Energieeffiziente Gebäude und der verstärkte Einsatz von z. B. Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden wirken sich sowohl klimaschutztechnisch als auch energetisch positiv aus.

Grüne Energiepolitik „zum Anfassen“

Wir bringen den BürgerInnen unsere energiepolitischen Vorstellungen aber nicht nur theoretisch, sondern auch ganz praktisch nahe: Die Energiewende AG unserer Bezirksgruppe ist seit Jahren immer wieder mit Plakaten, Infomaterial und Anschauungsobjekten im Kiez unterwegs. Dort dreht sich dann alles rund um „Grüne Energiepolitik zum Anfassen“: von praktischen Tipps zum Energiesparen über Broschüren zum Thema Förderungen für die energetische Gebäudesanierung/modernisierung (KfW) bis hin zu Präsentationen von Firmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien. Oft geht es auch schlicht darum, den BürgerInnen zu vermitteln, wie einfach manches ist, z. B. ein Stromanbieterwechsel weg von den vier großen Stromversorgern hin zu

einem Ökostromanbieter. Für viele ist es auch immer noch überraschend, dass Ökostrom längst nicht mehr grundsätzlich teurer ist als Kohle- und Atomstrom! Da kann sich der eigene kleine Beitrag zur Energiewende sogar zusätzlich noch positiv auf den eigenen Geldbeutel auswirken.

Mutlu sagt:
Wir wollen, dass die Energiewende vom Testfall zum Erfolgsmodell wird.

Fazit: Die Energiewende und „100 % Erneuerbar“ sind keine unzumutbaren und teuren Drohungen, sondern der einzig nachhaltige Weg in eine energie-sichere Zukunft.

ZUR PERSON

Heike Kähler ist im Vorstand des Kreisverbandes Berlin-Mitte sowie Mitglied der Energiewende AG und AG Klima.

Bürgerversicherung – ein Beitragssystem für alle

Solidarität stärken, Zwei-Klassen-Medizin beenden

Zu den „alten Zöpfen“ der Bundesrepublik gehört traditionell das Privileg Einzelner, proportional geringere Krankenkassenbeiträge zu zahlen und bei der Terminvergabe bevorzugt zu werden. Das Privileg heißt Private Krankenversicherung (kurz PKV). Diese Zwei-Klassen-Medizin hat ihre Wurzeln im deutschen Kaiserreich. Unser Standpunkt ist, dass alle Patienten ihren medizinischen Bedürfnissen entsprechend gleich behandelt werden müssen. Die meisten EU-Mitgliedsstaaten sind fortschrittlicher als Deutschland.

Gerechte Lastenverteilung

Selbständige, Beamte und höherverdienende Angestellte können sich immer noch der Solidargemeinschaft entziehen und eine meist günstigere Privatkasse wählen. Zahlt ein Angestellter mit 3.000 € Bruttoeinkommen über 500 € an Beiträgen, muss ein 40-jähriger Unternehmer mit 10.000 € Bruttoeinkommen oft nur 250 €



Gleiches Recht für alle dank Bürgerversicherung

Foto: Sascha Bachmann

an die private Kranken- und Pflegekasse zahlen. Im Gegenzug werden Selbständige mit geringem Einkommen aufgrund hoher Mindestbeiträge von ei-

nem Eintritt in die gesetzliche Krankenkasse abgehalten.

Wir fordern schon seit zwölf Jahren, dass jede Krankenkasse, ob öffentlich oder privat,

jeden Versicherten zu den gleichen Konditionen aufnehmen muss und sich die Beiträge ausschließlich an der Höhe des Einkommens orientieren sollen.

Kurzfristig wollen wir die Beitragsbemessungsgrenze, also den Teil des Einkommens, bis

Derzeit beitragszahlende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden somit pro 1000 €

Mutlu sagt:
Die Bürgerversicherung versichert alle BürgerInnen gleich gut und beendet endlich die Zwei-Klassen-Medizin.

zu dem Beiträge gezahlt werden, auf das Niveau der Rentenversicherung von € 5.800 monatlich anheben.

Beitragssenkungen von 1,5 Prozentpunkten

Durch die Einbeziehung höherer Einkommensgruppen, die meist auch seltener krank sind, und eine höhere Beitragsbemessungsgrundlage würden die Beiträge für alle derzeit gesetzlich Versicherten von 15,5 % auf ca. 13 % sinken. Ferner wollen wir den Arbeitnehmer-Zusatzbeitrag von 0,9 % abschaffen und wieder paritätisch finanzieren.

Monatsbruttoeinkommen um ca. 200 € jährlich entlastet.

Das höhere Aufkommen aus einer von allen finanzierten Pflegekasse wird hingegen nicht zu Beitragssenkungen verwendet werden können, da der Pflegebedarf steigend und der Ausbau der Pflegequalität dringend nötig ist.

ZUR PERSON

■ Tilo Siewer ist jugendpolitischer Sprecher der bündnisgrünen Fraktion Berlin-Mitte.

Höchste Zeit für einen gesetzlichen Mindestlohn

Gute Arbeit braucht faire Löhne

Etwa sieben Millionen Menschen in Deutschland müssen für einen Niedriglohn arbeiten. Mit anderen Worten, sie verdienen weniger als 8,50 Euro in der Stunde, mehr als eine Million sogar weniger als fünf Euro. Von solchen Einkommen den Lebensunterhalt zu bestreiten, ist kaum möglich. Deswegen müssen viele Betroffene ergänzendes Arbeitslosengeld II beantragen. Hart arbeiten und davon nicht leben können - für viele BürgerInnen auch in unserem Bezirk täglicher Alltag. In der laufenden Legislaturperiode wurde das Thema Mindestlohn im Bundestag sieben Mal ergebnislos debattiert. Die Weigerung der Merkel-Regierung, einen flächendeckenden Mindestlohn gesetzlich festzuschreiben und das Gerangel um den Mindestlohn: Schwarz-Gelb ist eine Koalition der Mindestlohn-Verhinderer und eine Koalition der sozialen Kälte!

Arbeitsmarkt gerecht gestalten

Wir Grüne nehmen die Dumpinglöhne nicht länger hin. Wir können nicht akzeptieren, dass in unserem Land – immer eines der reichsten Länder der Welt – immer mehr Menschen von Armut bedroht sind! Wir müssen endlich zu fairen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt kommen. Armut trotz Arbeit ist inakzeptabel. Für uns ist der flächendeckende Mindestlohn eine zentrale Gerechtigkeitsfrage! Darum fordern wir einen flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro die Stunde. Die Anpassung der Höhe des Mindestlohns wird von einer Mindestlohnkommission festgelegt, zusammengesetzt

aus Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und ExpertInnen aus der Wissenschaft. Nur ein gesetzlicher Mindestlohn wird die Beschäftigten wirksam vor Niedriglöhnen schützen können. Er ist zudem ein wichtiger Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit. Fast jede dritte Frau in Deutschland arbeitet für einen Niedriglohn. Die Zahl der Frauen, die von ihrer Arbeit nicht leben können, hat sich seit 2005 sogar verdoppelt. Um diese Benachteiligungen am Arbeitsmarkt zu beenden, fordern wir ein Entgeltgleichheitsgesetz mit verbindlichen Regelungen, wirksamen Sanktionen und einem Verbandsklagerecht. Damit wollen wir den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ mit Leben füllen und gleichzeitig die frauentypischen Berufe gesellschaftlich aufwerten.

Minijobs eindämmen

Nebenverdienste für Studierende, SchülerInnen und RentnerInnen bleiben und berührt und sind weiterhin möglich. Auch bleiben Tätigkeiten unberührt, die in Vereinen, dem kommunalen Engagement oder der Kulturarbeit ausgeübt werden. Wir wollen im ersten Schritt den Mindestlohn einführen, um Arbeitnehmerrechte von MinijobberInnen zu stärken und sicherzustellen, dass auch durch Minijobs Rentenansprüche aufgebaut werden können. Das wird auch den Missbrauch der Minijobs eindämmen. Allen Menschen muss die Möglichkeit eröffnet werden, ihren Lebensunterhalt eigenverantwortlich zu erwirtschaften ohne auf Grundsicherung oder Unterhalt angewiesen zu sein. Neben einer

ausreichenden Zahl von Arbeitsplätzen und fairen Löhnen braucht es dafür Steuern, Abgaben und soziale Leistungen, die so aufeinander abgestimmt sind, dass sich Erwerbsarbeit auch finanziell lohnt und Fehlanreize für kleine Jobs abgeschafft werden. Perspektivisch wollen wir daher neben der Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns, dass Minijobs durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ersetzt werden.

Von Özcan Mutlu



GRUENE.DE / GERECHT

Gerechte Steuern

Eine Gesellschaft braucht ein gerechtes Steuersystem

Seit Jahren ist der Verfall der städtischen Infrastruktur spürbar: Der Geldmangel stinkt aus Schulotletten und die Bezirke müssen Jugendzentren schließen. Ohne dauerhaft solide Einnahmen hat Berlin kaum Spielraum für Zukunftsinvestitionen. Mehr Gerechtigkeit, ein Bildungsaufbruch und der ökologische Umbau können nur mit einem handlungsfähigen Staat gelingen.

90 Prozent entlasten

Wer mehr verdient, trägt auch mehr zum Gemeinwesen bei. Was für die Mittelschicht zutrifft, gilt heute nicht für das oberste Zehntel.

Steuern auf hohe Einkommen, Kapitalerträge, Vermögen und Unternehmensgewinne sinken seit Jahren. Das wollen wir korrigieren. Unser Einkommensteuerkonzept entlastet alle

Steuern auf hohe Einkommen, Kapitalerträge, Vermögen und Unternehmensgewinne sinken seit Jahren. Das wollen wir korrigieren. Unser Einkommensteuerkonzept entlastet alle

Mutlu sagt:
Wir wollen Schulden abbauen und den öffentlichen Haushalt auf eine solide Basis stellen. Die Vermögendsten können einen Beitrag dafür am ehesten stemmen. Wir investieren in die Infrastruktur unsere Landes und entlasten zukünftige Generationen.

Haushalte mit einem Jahresbruttoeinkommen unter 60.000 Euro. Den Grundfreibetrag, also das Einkommen, welches für alle steuerfrei bleibt, wollen wir erhöhen. Damit entlasten wir über 90 Prozent der Einkommensteuerzahlenden. Den Spitzensteuersatz haben wir von 42 Prozent auf 49 Prozent an und lassen ihn ab 80.000 Euro greifen. Ein Alleinstehender mit einem monatlichen Brutto zwischen 1.600 und 5.000 Euro (deutsches Durchschnittsgehalt liegt bei ca. 2.500 Euro) hat jährlich netto etwa 100 Euro mehr zur Verfügung.

Für Investitionen in Chancengleichheit

Dafür investieren wir in Kitas, Schulen, Bafög, Weiterbildung und Unis. So schaffen wir neue, gute Arbeit für Lehrerinnen, Erzieher und Hochschuldozentinnen. 700 Millionen Euro mehr pro Jahr bekommt Berlin zusätzlich durch die Grünen Steuerpläne. Geld, das die Stadt braucht und Arbeit bringt: Zum Beispiel für den Bau von Fahrradwegen, in guten Kran-

Unsere Wirtschaftspolitik setzt den Fokus auf Innovation, Digitalisierung und die ökologische Transformation. Dazu investieren wir zum Beispiel 3,5 Milliarden Euro pro Jahr in Klimaschutz und Energiewende. Das schafft Jobs für Handwerkerinnen und Ingenieure.

Schuldenkönigin Merkel entthronen

Nachrichten über sprudelnde Steuerquellen verschleiern, dass der deutsche Schuldenberg unter Kanzlerin Merkel enorm gewachsen ist: Um 500 Milliarden Euro auf mehr als 2.000 Milliarden Euro. Ab 2015 gilt die Schuldenbremse für den Bund. Berlin kann sich schon lange keine neuen Schulden mehr leisten.

ZUR PERSON

■ Lisa Paus ist Mitglied und Obfrau des Finanzausschusses für die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen.

Meine Daten gehören mir

Verteidige Dich selbst – auch digital!

Die Enthüllungen über die Überwachungsaktivitäten von Geheimdiensten und die bereitwillige Zusammenarbeit von Internetkonzernen und Telekommunikationsanbietern sind zutiefst erschreckend, weil sie unseren Rechtsstaat und unsere individuelle Freiheit angreifen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung versagt bei der Aufklärung dieses Skandals und der Wahrung unserer Grundrechte. Angela Merkel redet herum und Innenminister Friedrich rechtfertigt diese massiven Grundrechtseingriffe auch noch.

Wo ist die demokratische Kontrolle?

Geheimerichte und geheime Vereinbarungen entziehen sich jeglicher demokratischer Kontrolle und bergen die Gefahr, dass sie sich als Institutionen verselbstständigen. Wie stark dieses Eigenleben sein kann, hat das Versagen des Verfassungsschutzes bei der Abwehr der NSU-Morde erschreckend ans Tageslicht befördert. Besorgnis-

erregend ist aber auch die weit verbreitete, stillschweigend akzeptierende Haltung vieler Menschen. Der Satz „ich habe nichts zu verbergen“ mag ja individuell richtig sein, aber soll der Staat wirklich über unsere Gedanken und Wünsche Bescheid wissen? Soll er unsere Kommunikation allumfassend protokollieren, immer wissen, wo wir sind und das alles unermesslich lange speichern? Privatsphäre existiert dann nicht mehr.

Wir GRÜNEN haben die klare Antwort „Nein, wehret den Anfängen!“ Die Kontrolle der Geheimdienste bedarf einer gesellschaftlichen Debatte und neuer gesetzlicher Regelungen, um unsere individuelle Freiheit und unsere Bürgerrechte dauerhaft zu sichern.

Wehret den Anfängen!

Dazu gehört ein starker und in internationalen Abkommen abgesicherter Datenschutz, die Sicherung der anonymen Nutzung von Internetdiensten, klare gesetzliche Regelungen, was Geheimdienste dürfen und was



„Freiheit statt Angst“-Demo wieder am 07.09.2013 Foto: Christian Könncke

nicht, und ein Ende der Debatte über die von CDU und SPD geforderte Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung.

Freiheit statt Angst!

Aber auch jedeR Einzelne von uns kann etwas tun. Verteidigen Sie sich selbst und Ihre Freiheit. Dies können Sie politisch, unterzeichnen Sie Aufrufe und demonstrieren Sie auf der Straße. Am 7. September gehen wir in Berlin unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ auf die Straße, um 13 Uhr am Potsdamer Platz geht es los. Aber auch privat haben Sie Möglichkeiten sich zu wehren. Verschlüsseln Sie beispielsweise Ihre E-Mails

und Ihre Daten, die sie online über die von CDU und SPD geforderte Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung. Viele Hinweise finden Sie auch auf unserer Internetseite www.gruene.de/meine-kampagne.

Verteidigen Sie Ihre Freiheit – am 22.09.2013 Grün wählen.

ZUR PERSON

Malte Spitz ist Mitglied im Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Medienpolitik, Bürgerrechte, Wirtschaftspolitik und Demographie.

Mutlu sagt:
Datenschutz ist Grundrechtsschutz. Wir GRÜNE kämpfen für ein wirksames und modernes Datenschutzrecht in Deutschland und in Europa.

Rechtsextremismus bekämpfen Demokratie stärken

Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit sind in Deutschland nicht nur am Rand der Gesellschaft zu finden, sondern existieren in breiten Teilen der Bevölkerung, bis in die Mitte unserer Gesellschaft hinein. Nicht selten schlägt Hass in Gewalt um - seit der deutschen Wiedervereinigung wurden über 180 Menschen durch rechtsextrem motivierte Täter ermordet.

Engagement vor Ort

Für uns Grüne sind die vielen Initiativen und Verbände vor Ort, die sich tagtäglich für eine Kultur des gegenseitigen Respekts einsetzen, wichtige Partner im Kampf gegen rechten Hass und Gewalt. Durch die unter Rot-Grün gegründeten Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus konnte viel Fachwissen entstehen. Seit der Programmeinführung 2001 wurden verschiedene Ansätze im Kampf gegen Nazis erprobt. So konnte zum Beispiel die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin“ mit Sitz in der Chausseestraße vielerorts ermutigen, beraten und die Gründung breiter gesellschaftlicher Bündnisse vorantreiben. Gleichzeitig konnte ein Vordringen von Rechtsextremen in Vereine, Verbände und Gremien eingedämmt werden.

Bündnisse schmieden

Auch in Berlin-Mitte setzen wir Grüne uns dafür ein, unsere Demokratie gegen Rechtsextremismus zu verteidigen. Gemeinsam mit anderen Initiativen und Partnern sind wir Teil des Bündnisses „Mitte gegen Rassismus“, regen Vernetzungen an und sensibilisieren mit Veranstaltungen die Öffentlichkeit. Natürlich protestie-



Gemeinsam gegen rechtes Gedankengut

Foto: Grüne NRW

ren wir lautstark und rufen zu gewaltfreien Blockaden auf, wenn Nazis in unserem Bezirk aufmarschieren wollen, wie am Rosa-Luxemburg-Platz oder auf der Bösebrücke geschehen.

Extremismusklausel abschaffen

Wo immer Bürgerinnen und Bürger sich gegen Nazis engagieren, Bildungs- und Beratungsarbeit leisten oder sich Aufmärschen widersetzen, haben sie volle Unterstützung von Bündnis 90/Die Grünen. Ihr Engagement gegen Rechts verdient staatliche Unterstützung und Anerkennung. Deswegen wollen wir die diskriminierende „Extremismusklausel“, die auch von SPD und CDU in Berlin-Mitte gefordert wird, wieder abschaffen, da sie ausgerechnet Initiativen für mehr Demokratie und gegen Rechts-

extremismus unter den Generalverdacht des Linksextremismus stellt.

Dialoge statt Parolen

Wir wehren uns gegen das Schüren von Ängsten vor Überfremdung oder Islamisierung. Die Stammtischparolen von Sarrazin und Buschkowsky lehnen wir ab und setzen lieber auf das gemeinsame Gespräch. Denn es

ist immer besser miteinander zu reden als übereinander.

ZUR PERSON

Daniel Gollasch ist Mitglied des Vorstands von Bündnis 90/Die Grünen Berlin-Mitte und Sprecher der AG Aktiv gegen Rechts im Landesverband Berlin von Bündnis 90/Die Grünen

Mutlu sagt:
Wir müssen von der Kindheit bis ins Alter für Werte wie Toleranz, Weltoffenheit und Gewaltfreiheit aktiv werben. Es ist kein Platz in unserer Gesellschaft für Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit!

Impulse durch Neue InländerInnen

Gesellschaft jenseits von Assimilation und Integration

Überfordert uns in diesem Land das Nebeneinander von Menschen verschiedener Herkunft? Ist die Integration der Migranten gescheitert? Sind Demokratie, Gleichberechtigung der Frau, deutsche Leitkultur und abendländische Werte diesen Menschen aus fremden Ländern mehrheitlich nicht beizubringen? Das politisch korrekte Gutmenschengerede von „Multikulti“, so hört man heute oft, sei endlich einzustellen zugunsten einer realistischen Betrachtungsweise.

Wohl wahr: Eine Gesellschaft der Verschiedenheit ist sicherlich kein fortwährendes Straßenfest, und wer atavistische Wertvorstellungen in Verbindung mit hasserfülltem politischem Extremismus unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit propagiert, gehört nicht hierher.

Deutschland ist ein Einwanderungsland

Integration ist eben ein wechselseitiger Prozess, die Pflichten der Mehrheitsgesellschaft und die der Minderheiten sind dabei zwei Seiten derselben Medaille. Dieses Land hat erst vor kurzem aufgehört zu leugnen, dass es über fünfzig Jahre schon de facto Einwanderungsland ist. Deutschland wäre im wörtlichen Sinne arm dran ohne die Wirtschaftsleistung all seiner Immigranten, ihrer Kinder und Enkel. Erst als „Gastarbeiter“ in der Industrie und später als Gewerbetreibende und Unternehmer in allen möglichen Branchen trugen Immigranten zum deutschen Wohlstand bei. 450.000 Jobs wurden von ca. 80.000 turkeistämmigen Unternehmen geschaffen, von der kleinsten Dönerbude bis zum weltweit operierenden Reisunternehmen.

Immigration bringt auch kulturelle Impulse. Eine neue Generation von Künstlern sucht

die Auseinandersetzung mit der eigenen Herkunft und der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Sie sind Nachkommen der Gastarbeiter wie der Schriftsteller Feridun Zaimoğlu, die Journalistin Hatice Akyün, Shermin Langhoff die Intendantin des Maxim Gorki Theaters oder der Fußballvirtuose Mesut Özil. Sie haben einen eigenen Blick, aber sie sind deutsch. Sie gehören zur einheimischen Kultur und bereichern diese. In Deutschland tut man sich aber noch schwer mit der Vielfalt und sucht passende Ethnoschubladen.

Zaimoğlu, Akyün, Langhoff, Özil und ihre Freunde repräsentieren eine neue Generation, die sich nicht auf Ihre Herkunft reduzieren lässt. Sie sind Repräsentanten einer neuen deutschen Gesellschaft. Sie sind auch Vorbilder: Wer in dieser neuen Gesellschaft ankommen will, muss die sterilen Alternativen von Assimilation oder Parallelgesellschaft, deutscher Leitkultur oder Multikulturalismus hinter sich lassen. Ich bin Teil dieser hybriden Gesellschaft mit all meinen Identitäten! Ich bin nicht allein und das ist auch gut so!

Willkommenskultur etablieren

Deshalb wollen wir eine echte Willkommenskultur etablieren und die interkulturelle Öffnung der öffentlichen Einrichtungen in den Ländern, wie Schulen, Krankenhäusern, Polizei, Feuerwehr befördern. Wir wollen eine Einbürgerungsoffensive. Sie umfasst die Akzeptanz von Mehrstaatigkeit und die Streichung des unsäglichen Optionszwangs. Letzteres ist nicht nur ein bürokratisches Monstrum, sondern entspricht auch nicht der Realität der Einwanderungsgesellschaft.

Von Özcan Mutlu

Termine

Kinderfeste mit Direktkandidat Özcan Mutlu

Sonntag, 04.08.2013, 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr: Kinderfest im Ottopark mit Hüpfburg, Kinderschminken, Kinderquiz mit Preisen, Basteln, Torwandschießen, Hase Hüby dem Kinderzirkus Internationale (angefragt)

Sonntag, 18.08.2013, 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr: Kinderfest im Monbijoupark mit Hüpfburg, Kinderschminken, Kinderquiz mit Preisen, Basteln, Torwandschießen, Hase Hüby und dem Kinderzirkus Internationale (angefragt)

Sonntag, 25.08.2013, 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr: Kinderfest im Sprengelpark mit Hüpfburg, Kinderschminken, Kinderquiz mit Preisen, Basteln, Torwandschießen, Hase Hüby und dem Kinderzirkus Internationale (angefragt)

Für Getränke und kleine Speisen ist gesorgt!

Veranstaltungen

... im August

Sonntag, 04.08.2013, 17.30 Uhr: MUTLU RENNT. Start im Ottopark Moabit, 10555 Berlin

Donnerstag, 08.08.2013, 14.00 Uhr: Özcan Mutlu tanzt beim Tanznachmittag der Arbeiterwohlfahrt im Schillerpark, Barfusstraße 22-24, 13349 Berlin

Freitag, 09.08.2013, 15.00 Uhr: Özcan Mutlu und Renate Künast - unterwegs in Moabit

Freitag, 09.08.2013, 17.00 Uhr: Bürgerinnen und Bürger kochen mit Özcan Mutlu im Sprengelhaus, Sprengelstraße 15, 13353 Berlin

Montag, 12.08.2013, 9.00 Uhr: Özcan Mutlu und Cem Özdemir touren durch Wedding

Mittwoch, 14.08.2013, 14.00 Uhr: Özcan Mutlu und Ekin Deligöz im Wahlkreis unterwegs und ab 15.30 Uhr im Familienzentrums Fischerinsel, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Samstag, 17.08.2013, 16.00 Uhr: Özcan Mutlu auf dem Waldstraßenfest in Moabit

Sonntag, 18.08.2013, 17.30 Uhr: MUTLU RENNT. Start im Monbijou-Park, 10178 Berlin

Dienstag, 20.08.2013, 19.00 Uhr: Özcan Mutlu zu Gast beim Stadtteilplenum Moabit-West, Moabiter Ratschlag, Rostocker Straße 32, 10553 Berlin

Sonntag, 25.08.2013, 17.30 Uhr: MUTLU RENNT. Start im Sprengelpark, 13353 Berlin

Montag, 26.08.2013, 12.00 Uhr: Unternehmensbesuche in Mitte mit Kerstin Andreae und Özcan Mutlu

Dienstag, 27.08.2013, 20.00 Uhr: Bundestagsdirektkandidaten-Talk in Moabit, Gemeindesaal-Moabit, Putlitzstraße 13, 10551 Berlin

Mittwoch, 28.08.2013, 19.30 Uhr: Kandidatenrunde im Sprengelhaus, Sprengelstraße 15, 13353 Berlin

Donnerstag, 29.08.2013, 17.00 Uhr: Verbraucherschutzveranstaltung im "Natur and More", Wicelstraße Ecke Oldenburger Straße, 10551 Berlin

... im September

Sonntag, 01.09.2013, 16.30 Uhr: Kuchentafel am Gipsdreieck mit Renate Künast, Ramona Pop und Özcan Mutlu, 10115 Berlin

Dienstag, 03.09.2013, 19.00 Uhr: Jürgen Trittin und Özcan Mutlu - unterwegs in Alt-Mitte

Mittwoch, 04.09.2013, 14.00 Uhr: Claudia Roth und Özcan Mutlu - unterwegs in Gesundbrunnen

Mittwoch, 04.09.2013, 17.00 Uhr: Özcan Mutlu beim „Heißen Stuhl der SeniorInnen in Mitte“, Kreativhaus Fischerinsel, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Donnerstag, 05.09.2013, 16.00 Uhr: Özcan Mutlu beim Moabiter Energietag „GREEN MOABIT“, Heizkraftwerk Moabit, Friedrich-Krause-Ufer 10-15, 13353 Berlin

Montag, 09.09.2013, 16.00 Uhr: Özcan Mutlu zu Gast bei der Kandidatenvorstellung der Volkssolidarität, Torstraße 203, 10115 Berlin

Mittwoch, 11.09.2013, 9.45 Uhr: Kandidatentalk im Max-Planck-Gymnasium, Singerstraße 8, 10179 Berlin

Mittwoch, 11.09.2013, 15.30 Uhr: „Demokratie lebt vom Engagement ihrer Bürger - deshalb wählen gehen!“ - Diskussion im Lessing-Gymnasium, Schöningstraße 17, 13349 Berlin

Donnerstag, 12.09.2013, 12.15 Uhr: Katrin Göring-Eckardt und Özcan Mutlu kochen gemeinsam mit Kita-Kindern in der INA-Kita, Lüneburger Straße 1, 10557 Berlin

Samstag, 14.09.2013, 14.00 Uhr: Mauerstreifenzüge mit Micha Cramer, Arkonaplatz, 10435 Berlin, danach Gedenkveranstaltung vor der Kapelle der Versöhnung, und Abschlussveranstaltung am Brandenburger Tor

Donnerstag, 12.09.2013, 20.30 Uhr: Diskussionsrunde mit den Brauseboys, La Luz, Osramhöfe, Oudenarder Straße 16-20, 13347 Berlin

Freitag, 20.09.2013, 17.00 Uhr: Radtour zum Wahlkampfhöhepunkt des Bundesverbandes. Treffpunkt: basislager.mitte, Malplaquetstraße 7, 13357 Berlin

Freitag, 20.09.2013, 18.00 Uhr: Wahlkampfhöhepunkt des Bundesverbandes mit Katrin Göring-Eckardt, Jürgen Trittin und Özcan Mutlu, RAW-Gelände, Revaler Straße 99, 10245 Berlin

Nähere Informationen, Änderungen und weitere Termine finden Sie auf unseren Homepages unter www.mutlu.de oder www.gruene-mitte.de

Mutlu kocht

Sie wollten schon immer mal Ihre Küche mit einem Bundestagskandidaten teilen? Dann haben wir eine gute Nachricht für Sie: Mutlu kocht! Wenn auch Sie Lust haben, gemeinsam mit Özcan Mutlu in Ihrer Küche zu schnippeln, zu filetieren, zu dünsten, zu kochen, oder zu braten – schicken Sie einfach eine Mail an 2013@mittedirektmutlu.de und wir melden uns bei Ihnen! Voraussetzung: Sie wohnen in Mitte und schaffen es, mindestens 5 Personen (vorzugsweise Menschen aus Berlin-Mitte) für eine gemeinsame Kochaktion oder ein gemeinsames Essen mit Mutlu zu gewinnen. Sie organisieren den Einkauf für den Hauptgang, Mutlu bringt den Nachtisch mit!



Mutlu rennt

Wahlkampf setzt Fitness voraus. Weil Özcan Mutlu weder rasten, noch rosten möchte, geht er laufen. Sie möchten Özcan Mutlu bei seinen Läufen durch den Tiergarten, den Volkspark Humboldthain, oder den Volkspark Rehberge begleiten? Dann schicken Sie eine Mail an 2013@mittedirektmutlu.de und wir melden uns bei Ihnen! Wenn auch Sie Ihrem Körper etwas gutes tun und dabei Gespräche über Politik führen möchten – machen Sie mit und werden Teil von Mutlus Laufteam!



Walk & Talk Zeig Mutlu Deinen Kiez

Ihr Kiez ist vermüllt? In der Schule Ihrer Kinder bröckelt der Putz von der Wand? Sie haben mit Ihrer Bürgerinitiative ein buntes Blumenbeet oder einen Baum gepflanzt? Ob trist, traurig oder wunderschön – wenn es in Ihrem Mitte-Kiez etwas gibt, auf das Sie Özcan Mutlu unbedingt aufmerksam machen möchten: Schicken Sie eine Mail an 2013@mittedirektmutlu.de und Özcan Mutlu kommt vorbei! Wir freuen uns auf einen gemeinsamen Kiezspaziergang.



Bündnis 90/Die Grünen

Bezirksgruppenbüro

Hessische Straße 10
10115 Berlin
Tel.: 030/45 08 28 18
030/45 08 28 19
Fax: 030/45 08 28 20

mitte@gruene-berlin.de

Bürozeiten: Mo., Do. und Fr. 11 - 13 Uhr
und nach telefonischer Absprache

basislager.mitte

Wahlkampfzentrale
Malplaquetstraße 7
13347 Berlin
Tel.: 030/544 68 299

Öffnungszeiten: Mo. - Fr. 10 - 18 Uhr

Sprechstunde mit Özcan Mutlu:
1. und 3. Fr. im Monat 15 - 17 Uhr

Büro der Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung

Karl-Marx-Allee 31
Raum 107
10178 Berlin

Tel.: 030/90 18 245 92
Fax: 030/90 18 245 95

bvv-mitte@gruene-berlin.de
www.gruene-mitte.de/bvv-fraktion

Bürozeiten: Mo.-Do. 12-15 Uhr
und nach telefonischer Absprache

Weiteres zu AGs, Terminen und Informationen auf der Homepage unter:
www.gruene-mitte.de

Impressum

Herausgeberin:
Bündnis 90/Die Grünen Bezirksgruppe Mitte
Hessische Straße 10, 10115 Berlin
aussichten@gruene-mitte.de

Redaktion: Matthias Borowski (mb) (V.i.S.d.P.), Daniel Gollasch (dg), Heike Kähler, Jörn Jaath, Jörn Jensen, Harald Möller, Ingrid Ochse, Renate Strätling und Tomas Todorovic

Satz & Layout: Jörn Jaath

Druck: Henke Pressedruck

Auflage: 15.000

Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

